

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal **M. 2,50.**

### Inhalt:

	Seite		Seite
Die Sorge für die Volksernährung (I).	253	<b>Soziales.</b> Die Kriegstagung der deutschen Verbraucher	257
Gefahren und Verwaltung. Zuschlagsbröten in Blauen. — Die Kriegsfürsorge in Danzig.	255	<b>Arbeiterbewegung.</b> Aus den deutschen Gewerkschaften	258
		<b>Partelle, Sekretariate.</b> Das Volkshaus in Köln	260
		<b>Literarisches.</b> Neuer erschienene Bücher und Schriften.	260

### Die Sorge für die Volksernährung.

I.

Nach den Erklärungen der Kriegsgetreidegesellschaft und den bestimmten Versicherungen des Staatssekretärs Delbrück in der Budgetkommission des Reichstages sind wir der Sorge überhoben, daß für unsere Volksernährung bis zur nächsten Ernte irgendeine Gefahr bestehen könnte. Das heißt, es ist die Gefahr beseitigt, daß wir einen Mangel an Brotgetreide und den für die Volksernährung so wichtigen Kartoffelvorräten haben. Weniger günstig sieht es mit der Fleischversorgung aus, wenn wir damit rechnen müssen, daß die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen leider noch in weiter Ferne steht. Der Sorge um die Volksernährung sind wir leider auch nicht ganz überhoben; denn die Preissteigerung für alle Lebensmittel macht sich in geradezu erschreckender Weise für die ärmere Bevölkerung geltend, so daß eine Unterernährung großer Volksteile jetzt schon um sich greift und für die Folge ganz erheblich zunehmen wird. Die Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung sinkt, weil Millionen von Familien, deren Ernährer zum Militärdienst eingezogen sind, keine andere Einnahmequelle haben als die geringen Unterstützungsbeträge des Staates und der Gemeindefürsorge.

Leider erfährt dieser Zustand an den maßgebenden Stellen unserer Reichsverwaltung nicht die genügende Würdigung. Man sieht nur die in der Kriegsindustrie vielfach gezahlten hohen Löhne, ohne zu berücksichtigen, daß in anderen Industrien diese Erhöhung der Löhne (wir brauchen nur auf den Bergbau hinzuweisen) gar nicht in Frage kommt, ganz abgesehen von den Frauen, die ihres Ernährers beraubt, einem Erwerbe nicht nachgehen können und sich mit den dürftigen Unterstützungssätzen durchhungern müssen.

Es erheben sich jetzt schon Stimmen, die eine Rückkehr zum freien Handel verlangen und ganz oder teilweise die Maßnahmen verwerfen, die eingeleitet wurden, um die nötigen Bestände für die Volksernährung sicherzustellen. Man behauptet, es wäre eine übertriebene Sorge gewesen, alle die Maßnahmen, wie die Errichtung der Kriegsgetreidegesellschaft, die Streckung unserer Getreidevorräte und die Einführung der Brotkarte seien übereilt und unnötig.

Wir müssen uns auf das entschiedenste gegen alle die Pläne wenden, die darauf hinausgehen, diese Einrichtungen beiseite zu schieben. Sie waren nötig und sind gegenwärtig, wie auch für die Zukunft dringend erforderlich. Die Verwaltung der Kriegsgetreidegesellschaft kann unsern Beifall nicht finden. Daran ist aber die Einrichtung nicht schuld, sondern die Leitung. Es war eine bittere Notwendigkeit, daß wir unsere Getreidevorräte beschlagnahmten, um sie für die menschliche Ernährung sicherzustellen. Ohne die Organisation der Verteilung und Beschlagnahme wären die vorhandenen Bestände an Brotgetreide nicht so zur Verwendung gekommen, daß wir bis zur nächsten Ernte versorgt werden konnten. Wir lehnen deshalb auch sehr entschieden die vom Landwirtschaftsrat am 14. Mai in seiner Sitzung aufgestellte Forderung ab, die dahingehet, die Reichsverteilungsstelle, die Kriegsgetreidegesellschaft und die Reichsstelle für Kartoffelversorgung aufzubeheben, und an deren Statt eine Centralausgleichsstelle zu schaffen, deren Verwaltung unter einem landwirtschaftlich fachverständigen Vorsitzenden möglichst selbständig geordnet sein soll. Nach allen bisherigen Erfahrungen müssen wir sehr mißtrauisch sein gegen alle Maßnahmen, die einseitig von Landwirtschaftsinteressenten unternommen werden. In diesen Kreisen ist leider vielfach das Empfinden dafür, welche berechtigten Ansprüche die Landwirtschaft erheben kann, nicht vorhanden. Die Maßnahmen sind in der Regel ohne alle Rücksicht auf die große Masse des konsumierenden Publikums durchgesetzt. Es wäre auch sehr töricht, eine Einrichtung, die gegenwärtig sich gerade erst in die schwierige Organisation der Verteilung eingearbeitet hat, aufzuheben und eine neue Organisation, für deren gute Wirksamkeit gar keine Gewähr vorhanden ist, zu schaffen. Immerhin ist es bezeichnend, daß in dieser Sitzung des Landwirtschaftsrates sich der preussische Landwirtschaftsminister, Freiherr von Schockemer, mit den Vorschlägen einverstanden erklärte und einer Decentralisation in der Versorgung seine Zustimmung erteilte. Es ist bekannt, daß der Landwirtschaftsminister in Preußen an der Einrichtung, die zur zweckmäßigen Einteilung unserer vorhandenen Nahrungsmittelbestände führten, keinen Anteil hat. Im Gegenteil, wenn es nach seinem Wunsche gegangen wäre, blieb alles beim alten. Wenn nicht die Militärbehörde eine bessere wirtschaftspolitische Einsicht besessen hätte und hier die Schwierigkeiten in der

der Zusammensetzung der Belegschaft, sowie die inzwischen bereits wieder eingetretene und sich seit Wochen ununterbrochen fortsetzende Erhöhung der Löhne nicht ausreichend berücksichtigt wird.

Da uns das Ergebnis der Erhebungen, die über diese Fragen von den Zechenverwaltungen eingeleitet sind und die in Kürze zu erwartende Lohnstatistik für das 1. Vierteljahr 1915 noch nicht vorliegen, möchten wir die zahlenmäßige Begründung unserer obigen Auffassung bis zum Fertigwerden dieser Unterlagen verschieben und werden demgemäß auf Ihre Eingabe zurückkommen.

Gegen die Gewährung einer Teuerungszulage sprechen nach den Äußerungen, die uns von den Zechenverwaltungen zugegangen sind, grundsätzliche Bedenken schwerwiegender Art.

Die beantragte Zulage von 40 bis 60 Pf. für die Schicht würde die Förderung etwa um 50 bis 75 Pf. für die Tonne verteuern, bei der großen Ungleichheit in der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Bergbaugesellschaften unseres Bezirkes den meisten Zechen jede Verdienstmöglichkeit nehmen und vollends nicht zu tragen sein von solchen Werken, die schon jetzt mit Verlust arbeiten.

Zum anderen wird auch eine gerechte und billige Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahme wegen der Verschiedenheit in der Höhe der verdienten Löhne und der Lebensmittelpreise für unmöglich gehalten und auch darauf hingewiesen, daß das Interesse, aus eigener Kraft für die Möglichkeit gleicher und erhöhter Lebenshaltung zu sorgen, individuell recht verschieden sei.

Schließlich ist es eine bekannte Tatsache, daß derartige schematische Lohnerhöhungen leicht verstärkend auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensunterhaltes wirken.

Glück auf!

Zechenverband.

Der Vorstand: Eugen Berg.

Die Geschäftsführung: Löwenstein."

Dieses Schreiben ist geradezu typisch für die Art, mit der die Grubenbesitzer alle Wünsche der Bergarbeiter abtun in Kriegs- wie in Friedenszeiten. Seit dem 1. April sind die Kohlenpreise vom Syndikat erheblich erhöht worden. Die Nichtpreise wurden um 1,25 Mk. bis 2,25 Mk. und die Verkaufspreise des Syndikats-Kohlenkontors um bis zu 4 Mk. pro Tonne erhöht. Die Gewinne sind nach den Berichten der Grubenpresse seit Kriegsausbruch bis auf einige wenige vorübergehende Ausnahmen gewachsen. Die „Bergwerks-Zeitung“ stellt sogar fest, daß im vierten Quartal die Ueberschüsse „überall wieder gewachsen“ sind, „und zwar bei den meisten recht ansehnlich“. Seitdem ist noch die Preiserhöhung durchgeführt. Wenn aber die Arbeiter um lumpige 40 bis 60 Pf. Lohnerhöhung einkommen, dann stehen dem „grundsätzliche Bedenken schwerwiegender Art“ gegenüber. Auf die neue volkswirtschaftliche Entdeckung, daß die Lohnerhöhungen leicht auf die Tendenz der Lebensmittelerhöhung „verschärfend“ wirken, klingt der schöne Bergmannsgruß „Glück auf!“ wie bitterer Hohn! So sind die Grubenmagnaten, die im Deutschen Reich die Arbeiter zur Verzweiflung treiben und dabei dem preußischen Handelsminister vorwerfen, daß seine dem Standpunkte der Gerechtigkeit und des Burgfriedens angepaßte Haltung eine „Erbitterung“ bei den Arbeitern hervorruft.

## Mitteilungen.

### Quittung

über die im Monat April 1915 bei der Generalkommission eingegangenen Beiträge:	
Verb. der Gärtner für 2. Quartal 1914	281,72 Mk.
" " Textilarbeiter für 2. und 3. Quartal 1914	7 768,60 "
" " Transportarbeiter für 2. und 3. Quartal 1914	12 884,70 "
" " Hulmacher für 3. u. 4. Quartal 1914	602,— "
" " Fabrikarbeiter für 3. und 4. Quartal 1914	10 426,— "
" " Sattler für 4. Quartal 1914	891,50 "
" " Glasarbeiter für 4. Quartal 1914	226,08 "
" " Bauarbeiter für 4. Quartal 1914	6 406,16 "
" " Zimmerer für 1. Quart. 1915	2 000,— "
Berlin, den 1. Mai 1915.	

Germann Rube.

## Literatur.

### Neuerschienene Bücher und Schriften.

#### Gewerkschaftliche Publikationen.

a) Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die Regelung des Arbeitsnachweises. 62 S. Selbstverlag, Berlin.

c. Legien. Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr an inneren Parteileben beteiligen? 47 S. Selbstverlag, Berlin.

#### b) Deutsche Verbände.

Bäcker, Konditoren. Jahrbuch 1914. 215 S.

Bergarbeiter. Bericht über die privaten Unterstützungen, die den Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Bergarbeiter gewährt wurden. 19 S.

Buchdrucker. Gau Schleswig-Holstein. Bericht und Abrechnung für 1914. 60 S.

Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter. Vorstands- und Rechenschaftsbericht 1910-13 und Protokoll vom VI. Verbandstag 1914 in Leipzig. 239 S.

Gastwirtsgehilfen. Der Verband der Gastwirtsgehilfen während des Krieges. 18 S. — Jahresbericht der Hauptverwaltung für 1914. 140 S.

Handlungsgehilfen. Protokoll der 9. Generalversammlung 1914 zu Hannover. 99 S.

Metallarbeiter. Kriegsfürsorge. Die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer in den Gemeinden. 64 S.

— Verwaltungsstelle Augsburg: Geschäftsbericht 1914. 23 S.

Schneider. Die Arbeits- und Einkommensverhältnisse unserer Mitglieder im Jahre 1912. 513 S. Anhang.

Schuhmacher. Zahlstelle Berlin. Jahresbericht 1914. 18 S.

Töpfer. Verwaltungsbericht des Centralvorstandes für 1914. 28 S.

Transportarbeiter. Bez. Groß-Berlin. Jahresbericht 1914. 176 S.

c) Gewerkschaftskartelle, Arbeitersekretariate, Gewerkschaftshäuser.

Barmen-Elberfeld. Jahrbuch 1914. 128 S.

Berlin. 25 Jahre Berliner Gewerkschaftskommission. 1890-1915. Bearbeitet von J. Sassenbach. 99 S.

Dresden. Bericht des „Volkshauses“ für 1914.

Hlensburg. Bericht des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftskartells 1914. 24 S.

Frankfurt a. M. Geschäftsbericht der Arbeiter-Herberge für 1914.

Röln. Jahrbuch der Gewerkschaften, Kriegsjahr 1914.

Kronach. Bericht des Arbeitersekretariats 1914. 23 S.

Magdeburg. Gewerkschaften und Arbeitersekretariat 1914. 32 S.

Volksernährung erkannt wären, dann wären wahrscheinlich alle Bemühungen verständiger Leute, die militärische Lage nicht unter den Druck des Hungers zu stellen, vergeblich gewesen.

Leider hat nun die Kriegsgetreidegesellschaft erheblich dazu beigetragen, die Abneigung gegen ihre Geschäftsmaßnahmen zu steigern. Es hat in der Budgetkommission ein nicht geringes Aufsehen hervorgerufen, als festgestellt wurde, daß zum Geschäftsleiter dieser Kriegsgetreidegesellschaft ein Mann angestellt wurde, dem für seine Stellung ein Gehalt von 48 000 Mk. gegeben wird. Der Betreffende ist Inhaber einer großen Firma für Getreidehandel und vielfaches Aufsichtsratsmitglied. Die letzteren Posten sind von ihm auch gegenwärtig noch innegehalten. Diese „Opferbereitschaft in Kriegeszeiten“ wird sicherlich in der großen Masse der Bevölkerung nicht verstanden werden, im Gegenteil — eine berechnete Erbitterung auslösen. Wie es die Regierung verantworten will, im Hinblick auf die schweren Opfer, die von den ärmeren Volkskreisen gebracht werden müssen, solche Gehälter auszuwerfen, ist uns unverständlich. Das ist nur ein Hinweis, der uns aber offenbart, von welchen Gesichtspunkten diese Gesellschaft geleitet ist. Wir verstehen es deshalb, wenn der Syndikus dieser Gesellschaft in einer Verteidigung der Maßnahmen auseinandersetzt, daß die Kriegsgetreidegesellschaft doch nicht die Aufgabe habe, nachzuweisen, daß in dieser sozialistischen Einrichtung die Möglichkeit gegeben ist, niedere Preise festzusetzen. Mit solchen Anschauungen in der Geschäftsführung kann natürlich die beste Sache zugrunde gerichtet und in Mißkredit gebracht werden. Die Reichsregierung hat sich leider viel zu wenig frei gemacht von den Spekulant- und Interessentkreisen, die bei allen Maßnahmen nur ihren Vorteil im Auge haben, nicht aber das Gesamtinteresse. Mit Mühe und Not ist es nur immer gelungen, von einer Maßnahme zur anderen die Regierung zu drängen, damit wir wenigstens nicht vor einem direkten Mangel an Lebensmitteln stehen. Wären alle die Maßnahmen früher in Angriff genommen, und hätte man sich nicht entsetzt vor dem angeblich sozialistischen Inhalt oder den Zwangsmaßnahmen, die gegenüber dem Durcheinander und den Spekulationen auf dem Lebensmittelmarkt notwendig wurden, dann hätten wir heute größere Bestände für die Volksernährung zur Verfügung und vor allem mäßigere Preise. Auf keinen Fall darf deshalb die Einrichtung, die bisher der Verteilung und Ordnung auf dem Lebensmittelmarkt diente, aufgehoben werden. Sie kann nur reformiert und besser ihren eigentlichen Aufgaben zugeführt werden.

Nach zwei Richtungen ist die Wendung zum Besseren anzustreben. Zunächst muß für eine zweckmäßige Verteilung der Vorräte gesorgt werden und so disponiert werden, wie es in einem kaufmännisch gut geleiteten Betrieb üblich ist. Nebenbei kann man das für 48 000 Mk. verlangen. Dann aber muß die Preispolitik aufhören, die von dem Gesichtspunkt geleitet ist, dem Unternehmen nicht gerade eine geschäftliche Empfehlung mitzugeben. Wenn nur ein wenig von der Energie der Militärverwaltung im Reichsamt des Innern vorhanden wäre, dann könnte sehr bald die Leitung der Kriegsgetreidegesellschaft zu anderen Geschäftsprinzipien gezwungen werden.

Sehr beachtlich erscheint uns die Darlegung, die der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in einer Eingabe am 26. März d. J. an das Reichsamt des Innern unterbreitete. Es wird hier auf die unnatürlich hohe Differenz zwischen Getreide-

und Mehlpriß mit folgender kritischer Betrachtung hingewiesen:

„Obwohl die Bekanntmachung vom 25. Januar 1915 eine einfache und klare Ordnung der Mehlpriße durch die höheren Verwaltungsbehörden oder den Reichskanzler für die Uebernahme des Mehles von den Mühlen oder von der Kriegsgetreidegesellschaft nach Maßgabe des nachprüfbaren Mindestpreises und des öffentlich regulierbaren Mahllohnes vorsieht (§ 28 und § 27), ist von einem gesundheitlichen Einfluß der Handhabung solcher Preisregeln auf den erfahrenen Mehlmart bisher wenig zu verspüren oder vielmehr eher eine Festigung der unverantwortlich in die Höhe getriebenen reinen Spekulationspreise des Mehles zu beobachten. Die bittersten Klagen der nicht genügend eingebetteten Gemeinden, der Bäcker und der Verbraucher über die Preiswillkür des Mehlmarktes erscheinen nur allzu berechtigt und drohen den sozialen Ruf der Kriegsgetreidegesellschaft und der bayerischen Landesvermittlungsstelle als der Hauptherrscher des zwischenörtlichen, über das ganze Reich sich erstreckenden Mehlgewerkschaftes in Mitleidenschaft zu ziehen.“

Solange die verbündeten Regierungen in der Verteuerung des nicht durch Höchstpreise getroffenen Mehles einen erwünschten, wenn auch tatsächlich unwirksamen Verbrauchsregulator erblickten, war dies ungehemmte Gehlassen der Mehlpriße, die eine phantastisch steigende Spannung zu den festbegrenzten Getreideeinstandspreisen aufwiesen, zu verstehen. Nachdem aber mit der Einführung des kochweise geregelten Mehlerverbrauches die Gesichtspunkte jener Sparpreispolitik hinfällig geworden sind und auch Rücksichten auf etwaige ausländische Mehleinfuhren nicht mehr in Frage kommen, besteht für das Hochhalten der Mehlpriße kein stichhaltiger Rechtfertigungsgrund mehr. Um so beunruhigender muß die sprunghafte Weiterentwicklung der Mehlpriße wirken.

Nach den amtlichen Aufzeichnungen an der Berliner Getreidebörse sind dort bis zur Beschlagnahme gezählt worden für:

		Weizen:		
Monat		Tonnen	Mehl	Spannung
Januar-März	1914	189	245	56
April-Juli	1914	201	258	57
August	1914	224	359	135
September	1914	238	350	112
Oktober	1914	257	360	103
November	1914	260	366	106
Dezember	1914	260	393	133
Januar	1915	262	419	156
Februar	1915	265	425—435	165 rund *)
März	1915	268	437—465	183 rund *)
		Roggen:		
Januar-März	1914	154	202	47
April-Juli	1914	164	229	56
August	1914	104	294	100
September	1914	222	314	82
Oktober	1914	227	308	81
November	1914	220	301	81
Dezember	1914	220	316	96
Januar	1915	222	352	130
Februar	1915	225	420—440	205 rund *)
März	1915	228	435—465	222 rund *)

Daß es sich bei dieser Mehlprißgestaltung nicht bloß um Berliner Sonderverhältnisse handelt, beweisen die gleichzeitigen Preisziffern des Hamburger Getreidemarktes, der für Kriegswitzenmehl Mitte März 45 Mk. und für Roggenfeinmehl 46 Mk. notierte. Bemerkenswerterweise standen aber die Mehlpriße an einzelnen westdeutschen Märkten, für die um 15—17 Mk. höhere Getreidehöchstpreise gelten, hinter den Berliner Notierungen zurück.

\*) Die Zahlenangaben für Februar und März 1915 sind unter Berücksichtigung des Reports und nach den Privatnotierungen an der Berliner Produktenbörse berechnet.

In normalen Friedenszeiten ist eine Spannung von höchstens 60 M. zwischen dem Getreide- und dem Mehlp reis bei Weizen und um höchstens 50 M. bei Roggen das übliche. Berücksichtigt man die Schwierigkeiten und Mehrkosten der Mehlgewinnung und -beschaffung in der Kriegswirtschaft, so ließe sich, wenn man die höhere Mehlausbeute infolge stärkerer Ausmahlung bis zu 82 und mehr Prozent und den Kleieerlös außer acht läßt, allenfalls vielleicht eine Verdoppelung der Preisspannung, wie sie etwa bis Ende des Jahres 1914 zu beobachten ist, erklären, wenn auch nicht rechtfertigen. Bereits eine derartige Preisspannung auf das Doppelte hat nämlich den großen Mühlen Geschäftüberschüsse zu machen gestattet, wie sie seit langen Zeiten nicht mehr vorgekommen sind. Einige kürzlich veröffentlichte Abschlüsse von Aktienmühlen, deren Geschäftsjahr meist erst wenige Kriegsmonate einschließt, geben hinreichenden Einblick in die gewinnreiche Wirtschaft, die jene Preise ermöglichten. Die Hermannmühlen-A.-G. in Vosen schlägt 18 Proz. Dividende statt 9 Proz. im Vorjahr vor bei überreichen Rücklagen, die Bremer Rotandsmühle A.-G. 17 statt 11 Proz., obgleich sie ein ganz neues Geschäft aufzubauen genötigt war, die Wittener Walzenmühle bei verzehnfachten Abschreibungen und versechsfachten Rücklagen 10 statt 6 Proz., die Schlesienschen Mühlenwerke 12 Proz., die Berliner Dampfmühlen-A.-G. 8 statt 0 Proz., A.-G. Löhberger Mühle 10 Proz. Dividende statt 117 331 M. Verlust im Vorjahr usw.

Wenn die Mühlen bereits bei der Preisspannung des vierten Viertels von 1914 derartige Kleinverträge erübrigen konnten, so läßt sich leicht überschlagen, welcher erhörter Zwischen Gewinn bei einer Verdoppelung dieser Preisspannung seit Neujahr den Mühlen und den ihnen nachbestehenden Mehlgroßhändlern auf Kosten der Gemeinden, der Bäcker und der Verbraucher zuzuflehen. Wenn aus 1000 Kilogramm Roggen (3. M. 228.— Berliner Höchstpreis für März 1915) nur 820 Kilogramm Roggenmehl bei 40 Kilogramm Staubverlust und 140 Kilogramm Kleieabfall ausgemahlen werden, so müßten 100 Kilogramm Roggenmehl, falls die Kleie nur einen Erlös von 1 M. auf 100 Kilogramm oder 18,20 M. auf 140 Kilogramm erbrächte und der Mahllohn auf 25 M. statt 12 bis 13 M. in Friedenszeiten bemessen würde, 28,68 M. und bei einem allgemeinen Fracht- und Handelsaufschlag von 10 Proz. 31,55 M. kosten.

Der tatsächliche Berliner Roggenmehlpreis stand im freien Verkehr bisher um 13—15 M. oder um 35—48 Prozent höher. Nach sachmännischen Berechnungen gewährt der bisherige zügellose Mehlp reis den Zwischenhändlern, Großmühlen und Großmehlhändlern außer dem normalen Mahllohn und Geschäftsverdienst einen Kriegszuschlag von mehr als 100 M. auf jede Tonne Mehl. Selbst wenn man berücksichtigt, daß durch die Mehilverbrauchsregelung die Tätigkeit vieler Mühlen erheblich eingeschränkt worden ist, so daß die Gesamtkosten des Betriebes sich auf einen kleineren Umsatz verteilen und die einzelnen Teilmengen entsprechend höher belasten, so ist doch ein Aufschlag für die Umwandlung von Getreide in Mehl in der bisherigen Höhe unhaltbar, und es kann der bisherige Mehlp reis der Händler nicht als irgendwie diskutables Maß für die weitere Preisgestaltung des Mehles gewählt werden.

Mittlerweile sind nunmehr die Preise erheblich herabgesetzt, die herbe Kritik in der Budgetkommission des Reichstags ist wohl nicht ohne Wirkung geblieben. Aber die hohen Mehlp reise haben uns hohe Brotpreise gebracht und die Herabsetzung der Brotpreise ist sehr viel schwieriger als das Heraus-

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Zuschlagsbrotarten in Plauen i. Vogtland.

Durch die Zeitungen wurde bekannt, daß einzelne Städte, z. B. Konstanz am Bodensee, Berlin, Zuschlagsarten zu den Brotarten eingeführt haben oder einführen wollen. Plauen i. V. war, soweit uns bekannt geworden ist, die erste Stadt, deren „Ernährungsausschuß“, in dem 6 Vertreter der Partei und der Gewerkschaften sitzen, Zuschlagsarten beschlossen und eingeführt hat.

Wie wohl überall, so wurden auch in Plauen vom 1. Februar 1915 ab 4 Pfund Brot wöchentlich für jeden Einwohner ohne Unterschied des Alters zugelassen. Später wurde das Brotmaß auf 3½ Pfund für jeden Erwachsenen, 875 Gramm für Kinder von über 2 bis zu 6 Jahren und auf 600 Gramm für Kinder im Alter bis zu 2 Jahren herabgesetzt. Zugleich beschloß der Ernährungsausschuß, Zuschlagsarten einzuführen.

Zur Verteilung der Brotarten, die — abgeben von den beiden ersten Verteilungen — immer für einen Zeitraum von 4 Wochen ausgegeben werden, ist die Stadt in 334 Bezirke eingeteilt worden. Für jeden Bezirk wurde ein dreigliedriger, ehrenamtlich tätiger Ausschuß vom Stadtrate ernannt, der die Verteilung der Brotarten vorzunehmen und der außerdem folgende Aufgabe hat:

1. Die als Grundlage für die Verteilung der Brotarten dienenden Listen aufzustellen;
2. dabei zugleich festzustellen, welchen Haushaltungen aus besonderen Gründen Zuschlagsbrotarten, die zum Bezugs von mehr als der auf den Kopf und die Woche entfallenden Normalmenge Brot berechtigten, zu gewähren sein werden;
3. sobald die Höhe des Ueberschusses, der in Form von Zuschlagsarten verteilt werden kann, für den Stadtbezirk Plauen feststehen wird, die Verteilung der Zuschlagsarten an diejenigen Haushaltungen und Personen, bei denen ein Bedürfnis hierfür von ihnen anerkannt worden ist, zu übernehmen.

Die Gewährung von Zuschlagsarten ist bei dem Verteilungsausschuße des Bezirks zu beantragen, der darüber selbstständig entscheidet. Erklärt der Antragsteller, daß er mit einem ablehnenden Bescheide des Ausschusses nicht zufrieden sei, so kann er die Entscheidung des Polizeiamts anrufen; der Vorsitzende des Verteilungsausschusses hat die Ablehnungsgründe in der Verteilungsliste anzugeben.

An jeden Empfänger einer Zuschlagskarte darf bis zu 1½ Pfund Brotzuschlag verabfolgt werden, so daß die Höchstmenge für eine Person 5 Pfund beträgt. Die Menge des Zuschlages ist auf der Zuschlagskarte gedruckt vermerkt. Bei der ersten Abgabe von Zuschlagsarten wurden diese von den gewöhnlichen Brotarten abgetrennt; jetzt werden aber besondere Zuschlagsarten ausgegeben. Für die Verabfolgung von Zuschlagsarten gelten folgende Hauptgrundsätze:

Bei der Prüfung der Anträge auf Gewährung von Zuschlagsarten, die in jedem einzelnen Falle auf das gewissenhafteste vorgenommen werden muß, werden im allgemeinen folgende Gesichtspunkte als Anhalt dienen können:

- a) in erster Linie die Art der Arbeit, die die betreffende Person zu verrichten hat. Für Personen, die schwere Arbeit leisten, wird die Brot-

die Unterstützung durch private Mittel in Danzig ungenügend ist und die Stadt bis zum 30. Januar gar nichts zur Linderung der Not der Kriegsteilnehmer tat, ist nicht abzustreiten und wird auch nicht durch die Zuschrift des Magistrats widerlegt.

## Soziales.

### Die Kriegstagung der deutschen Verbraucher.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die am Sonntag, den 16. Mai, in der „Victoria-Brauerei“, Lüchowstraße zu Berlin, vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen abgehaltene Konferenz. Die dem Ausschuß angeschlossenen 60 Zentralorganisationen der Arbeiter, Angestellten, Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, Frauen und verschiedener gemeinnütziger sozialpolitischer Vereinigungen aus sämtlichen politischen und religiösen Lagern, ferner die am Sitz der Generalkommandos und an sonstigen bedeutenden Orten bestehenden 20 Bezirksausschüsse mit 16 Ortsausschüssen hatten ihre Delegierten entsandt. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt, bot ein interessantes Bild über die Organisationsarbeit und die Entwicklung der deutschen Konsumentenbewegung, die heute von mehr als 7 Millionen Mitgliedern, mit Angehörigen also 25 Millionen Verbrauchern oder einem Drittel des deutschen Volkes getragen wird. Mit einer Reihe außenstehender Verbände schweben die Verhandlungen zwecks Anschluß noch und dürften baldigst zum Abschluß gelangen. Gegen den Kriegsausschuß haben sich der Verband junger Drogisten durch seinen Austritt sowie der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen, der bei der Gründungsverammlung des N. f. A. vertreten war, durch ein Rundschreiben an seine Vereine gewandt. Darin kommt der gleiche Geist wie in den Auslassungen der konsumentenfeindlichen „Kabattparvereins-Zeitung“, dem „Drogenhändler“, der „Degrofa“ usw. zum Ausdruck. Einige Verbände halten sich bedauerlicherweise aus Furcht vor einer Verührung ihrer Mitglieder mit anderen Ständen und Richtungen noch fern. Die Presse hat sich im allgemeinen den Veröffentlichungen des N. f. A. gegenüber sehr zugänglich gezeigt. Eine große Zahl von Mitarbeitern aus der Wissenschaft, dem Handel, der Landwirtschaft und dem Handwerk wurde zu den Beratungen über wichtige Maßnahmen hinzugezogen. Ein Beweis für die Hinfälligkeit des vielfach erhobenen Vorwurfs der Einseitigkeit der Interessenvertretung durch den Ausschuß. Auch die Bezirks- und Ortsausschüsse im ganzen Reiche haben vielfach Hervorragendes in der Propagierung und Festigung der Bewegung geleistet. Ueber die volkswirtschaftliche Tätigkeit des Kriegsausschusses hielt Universitätsprofessor Dr. Waldemar Zimmermann einen eindrucksvollen Vortrag. Er führte aus, daß die Gründung des Kriegsausschusses aus dem Bestreben hervorgegangen ist, gegenüber dem Ausbungerungsplan Englands die Durchhaltung zu organisieren und eine angemessene Preisgestaltung der vorhandenen Nahrungsmittel zu erstreben. Ihm fiel die Aufgabe zu, den Bestrebungen in Regierungskreisen, die Einschränkung im Verbrauch durch eine Heraushebung der Warenpreise zu erzielen, entgegenzuarbeiten und diese Sparpreispolitik durch eine Beschlagnahmepolitik zu bekämpfen. Diese Politik hat der Ausschuß durch Besprechungen mit der Regierung, durch Denkschriften, große öffentliche Kund-

gebungen und statistische Erhebungen sowie sonstige Selbsthilfemaßnahmen energisch verfolgt. Er kann die bald nach Aufnahme seiner Tätigkeit erfolgte Brotgetreidebeschlagnahme als seinen ersten großen Erfolg vermerken. Mit gleicher Entschiedenheit, aber mit wechselndem Glück wurde die Sparpreispolitik der Regierung bei den Kartoffeln und beim Fleisch bekämpft. Auch in der Frage einer stärkeren Verwendung von Magermilch und Zucker, eines Verbots der Schnapsbrennerei, der Besserung der Rechtslage der Arbeiterfamilien beim Mietsvertrage, der Abwehr einer Kürzung von Gehältern und Löhnen usw. wurde zugunsten der Verbraucher mit Nachdruck gewirkt. Die Aussprache über beide Vorträge brachte außer der einstimmigen Billigung der Vorstandsmaßnahmen eine Reihe wichtiger Anregungen. Ferner erhalteten die Bezirksorganisationen Berichte über ihre umfangreichen Arbeiten in der Provinz. An diesen Erörterungen beteiligten sich Geh. Justizrat Professor Dr. Erman-Münster, Dr. Potthoff-Düsseldorf, D. Lic. Weber-Bonn, Dr. Bornstein-Leipzig, Bauer-München, Lichte-Dresden, Decker-Stettin, Seufert-Karlsruhe, Junke-München, Biffels-Essen, Schäfer-Köln und Aanes Herrmann-Berlin. Wiederholt wurde hervorgehoben, daß entgegen der von interessierten Stellen verbreiteten Auffassung der Kriegsausschuß nicht mittelstandsfeindlich sei. Nur gegen die Auswüchse des Geschäftslebens während des Krieges werde wie bisher energisch Front gemacht. Der solide Geschäftsmann, der angemessene Preise fordere, brauche in der Konsumentenorganisation keinen Gegner zu erblicken. Zum Schluß empfahl im Auftrage des Gesamtvorstandes Reichs- und Landtagsabgeordneter Wiesberts die Fortführung und Weiterfinanzierung der Bewegung zunächst bis zum 31. Dezember. Nach kurzen Erklärungen von Leffler-Berlin, Robert Schmidt-Berlin, Hildebrandt-Berlin und Tischler-Berlin wurde der Vorschlag einstimmig angenommen. Sodann sprach Geheimrat Prof. Dr. Junk-Berlin über das Thema: „Die Sicherung der künftigen Ernte für die Konsumenten“. Seine überaus beachtenswerten und mit lebhaftem Interesse verfolgten Ausführungen finden in den untenstehenden Richtlinien des Gesamtvorstandes ihren wesentlichsten Ausdruck. Hervorgehoben zu werden verdient noch sein Hinweis auf die Möglichkeit, daß wir mit unserer voraussichtlich nur mittelguten Getreideernte auskommen können, wenn ein sofortiges Verbot der Verfütterung erlassen wird. Außerdem müsse energisch zur künstlichen Trocknung wie in anderen Ländern geschritten werden. Eine Erhöhung der Protration für die schwerarbeitende Bevölkerung, besonders die Landarbeiter, sei dringend zu wünschen. Dem Futtermangel könne durch Trocknung von Blättern aller Art in großem Maßstabe abgeholfen werden. Der wegen etwa 30 Proz. geringerer Rübenanbauflächen wesentlich knappere Zuckervorrat müsse im Hinblick auf seine große Bedeutung bei der Volksernährung durch Höchstpreise im Groß- und Kleinhandel für den menschlichen Bedarf gegen die Spekulation gesichert werden. Die Streckung der Getreidevorräte durch Kartoffeln will der Vortragende beibehalten wissen, ferner soll sofort nach der Ernte mit der Herstellung getrockneter Kartoffelprodukte begonnen werden. Selbst bei ungünstiger Kartoffelernte sei ein großer Ueberschuß über den menschlichen Bedarf vorhanden. Dieser könne unter scharfer Kontrolle des Schweinebestandes und bei Festsetzung eines angemessenen Preisverhältnisses zwischen Schweinen und Kartoffeln zur Fütterung benutzt

menge von 1750 Gramm, von der unter Umständen (wenn nämlich Mehlvorräte im Haushalte sind) noch 3 Abschnitte zu je 75 Gramm Backware = je 60 Gramm Mehl für Mehl abgehen, im allgemeinen nicht ausreichen. Die Entscheidung darüber, ob eine Person schwere Arbeit zu verrichten hat, wird nicht immer leicht sein. Der Regel nach werden hierzu beispielsweise gehören: Schmiede, Maschinenschlosser, Steinbrucharbeiter, Steinseger, Erdarbeiter, Aufläder, Lastgeschirrführer, Waschfrauen, Scheuerfrauen u. a. m. Den eben genannten Arbeitern werden gleichzustellen sein Personen, deren Dienst oder Beruf sie nötigt, sich den ganzen Tag in freier Luft zu bewegen, wie beispielsweise Postboten, Kassenboten, Markthelfer. Dagegen werden sogenannte herrschaftliche Kutscher auf Zuteilung von Zuschlagskarten der Regel nach schon deshalb keinen Anspruch erheben können, weil angenommen werden darf, daß, falls sie mit ihrer Brotmenge nicht auskommen, ihre Dienstherrschaften helfend eintreten werden;

- b) Zahl und Alter der zur Familie gehörigen Kinder. Ist beispielsweise ein Säugling in der Familie vorhanden, so wird die . . . Brotkarte, welche die Eltern für den Säugling erhalten und nur zum Teil für ihn verwenden können, in manchen Fällen schon als ausreichender Ausgleich angesehen werden können und deshalb das Bedürfnis für einen Zuschuß zu verneinen sein. Andererseits wird, wenn mehrere Kinder über 6 Jahre da sind, die auf die ganze Familie entfallende Brotmenge wenigstens dann erhöht werden müssen, wenn die Eltern völlig unbemittelt und deshalb nicht imstande sind, sich Ersatznahrungsmittel für Brot und Mehl zu verschaffen;
- c) Bedürftigkeit. Für die Feststellung der Bedürftigkeit wird in erster Linie der Umfang der Mittel maßgebend sein müssen, die dem Haushaltsvorstande nach Abzug der Ausgaben für Miete, Feuerung, Kleidung usw. zur Ernährung seiner Familie übrig bleiben. Sind im Haushalt noch Kartoffelvorräte für mehrere Wochen vorhanden, so wird dies mit berücksichtigt werden müssen und, soweit nicht einer der unter a angeführten besonderen Gründe vorliegt, von Zuteilung von Zuschlagskarten wenigstens solange abzusehen sein, bis diese Vorräte aufgebraucht sind.

Alle diejenigen Fälle, in denen das Bedürfnis für Gewährung von Zuschlagskarten anzuerkennen sein wird, erschöpfend aufzuführen, ist nicht möglich. Die Ausschüsse werden ihre Entscheidungen nur von Fall zu Fall treffen können."

Nach den Berechnungen des Polizeiamts wurden in den 3 Wochen vom 29. März bis zum 17. April 1915 Brotkarten mit dem Gesamtgewichte von 5748 Pfund Brot freiwillig als nicht verbraucht zurückgegeben, während bis dahin an rund 8500 Personen Zuschlagskarten — fast durchweg mit 750 Gramm Brotzuschlag — ausgegeben wurden. Es kann gesagt werden, daß sich die Regelung, wie sie der Ernährungsausschuß getroffen hat, durchaus bewährt. Gegen die Entscheidungen der Verteilungsausschüsse sind fast gar keine Beschwerden erhoben worden. ff.

### Die Kriegsfürsorge in Danzig.

Der Magistrat der Stadt Danzig übersendet uns eine Berichtigung zu der in Nr. 18 veröffentlichten Statistik über die Fürsorge in den Ge-

meinden für die Familien der Kriegsteilnehmer. Es sollen dort nicht 533, wie wir mitteilten, sondern 5300 Kriegerfamilien unterstützt werden. Wir nehmen hier von dem Bemerkten, daß unsere Angabe das Ergebnis einer gemeinschaftlichen Erhebung des Danziger Kartells und des sozialdemokratischen Vereins ist, bei der nur 1184 Fragebogen eingingen. In der Zuschrift des Danziger Magistrats wird behauptet, es sei bereits das zweite Mal, daß von gewerkschaftlicher Seite unzutreffende Zahlen über Danziger Kriegsfürsorge verbreitet wurden; schon im Jahre 1914 seien von den Danziger Gewerkschaften in Volksversammlungen wie auch in der Presse falsche Behauptungen aufgestellt worden. Wir können letztere Angaben nicht nachprüfen, glauben aber nicht, daß durch unrichtige Zahlen eine starke Beunruhigung hervorgerufen wurde, wie der Magistrat schreibt, sondern daß die tatsächlich ungenügende Unterstützung in Danzig auf die ärmeren Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen beunruhigend wirkt.

Der Magistrat klagt weiter darüber, daß von den seitens der Danziger Stadtverordnetenversammlung Mitte März 1915 bewilligten 300 000 Mk. in Einzelfällen nach festgestellter Bedürftigkeit für Zuschüsse zu den Mindestjahren der Kriegsunterstützung in dem Bericht der Gewerkschaften nichts erwähnt würde. Unsere Statistik stützt sich aber auf die Angaben der Kartelle vom 30. Januar und konnte daher noch nicht darüber berichten, was Mitte März, also zirka 6 Wochen später, bewilligt wird.

Aus dem vom Magistrat beigelegten gedruckten Bericht über die Tätigkeit der Kriegshilfe für Danzig in den Monaten Januar bis März 1915 geht klar hervor, daß die Kriegshilfe in Danzig ungenügend ist. Es wurden im ganzen 275 000 Mark gesammelt. Die Gesamtausgaben bis Ende März betrugen rund 190 000 Mk., so daß im Durchschnitt auf jede von den 5300 Kriegerfamilien ein Unterstützungsbetrag von rund 36 Mk. entfällt. Mehr als dies wird in vielen Städten in jedem Monat an kinderreiche Familien gezahlt, während in Danzig dieser Durchschnittsbetrag erst auf acht Monate entfällt. Wenn die Danziger Stadtverordnetenversammlung „bereits“ im achten Monat des Krieges Mittel zur Unterstützung der Kriegerfamilien bewilligte, so bleibt zu hoffen, daß nunmehr auch das Ungenügende der Unterstützung eingesehen und mehr gegeben wird.

Der Magistrat spricht am Schlusse seines Schreibens sein Bedauern darüber aus, daß wir durch die Gewerkschaften „so sehr lüdenhaft und irrtümlich“ unterrichtet worden seien. Daß dieses Bedauern anderswo besser am Platze ist, glauben wir durch vorstehende Ausführungen erwiesen zu haben. Es wird weiter aber auch noch behauptet, daß die Mitteilung über Fräulein Dr. Baum unrichtig sei und anheimgestellt, sich bei ihr zu erkundigen. Worin hier die Unrichtigkeit liegt, wird nicht angegeben. Erkundigungen bei der genannten Dame einzuziehen, können wir uns versagen, weil der Kern unserer Ausführungen nur die Angaben Fräulein Dr. Baums wiedergibt. Im übrigen wird ja auch im Bericht der Kriegshilfe darüber geklagt, „daß die laufenden Einnahmen nicht einmal ein Drittel der laufenden Ausgaben betragen, nämlich nur etwa 15 000 Mk. monatlich“. Weiter heißt es darin: „Infolge der verteuerten Lebensverhältnisse und der vielen Verpflichtungen, die an die Danziger Bevölkerung von allen Seiten herantreten, hat die Gekfreundigkeit leider erheblich nachgelassen.“ Daß

Im Fabrikarbeiterverbande waren am 8. Mai 1,1 Proz. der Mitglieder arbeitslos, gegen 1,2 Proz. in der Vormoche. 40,2 Proz. der Mitglieder waren einberufen.

Der Jahresbericht des Friseur-gehilfenverbandes ergibt einen Mitgliederbestand am Jahresluß von 1081 gegen 2491 Mitglieder Ende 1913. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 1072. Zum Kriegsdienst waren am Jahresluß 500 Mitglieder eingezogen. Ohne diese war demnach ein Mitgliederabgang von 1980 zu verzeichnen. Diese Ziffer ist nicht höher als in normalen Jahren (1912: 1925; 1913: 1836). Der absolute Rückgang im Kriegsjahre kommt nach dem Bericht von der Lahmlegung der Agitation durch den Krieg. An Wochenbeiträgen wurden in den Monaten Januar—Juni 1845 im Wochendurchschnitt geleistet, in den Monaten Juli—Dezember dagegen 988. Die Gesamteinnahmen betragen 47 451 Mk., denen eine Ausgabe von 57 351 Mk. gegenübersteht. Der Bestand der Hauptkasse ist von 15 721 Mk. auf 7511 Mk. und der Bestand der Lokalkassen von 7349 Mk. auf 4959 Mk. zurückgegangen. An Unterstützungen wurden gezahlt: Erwerbslosenunterstützung 5521 Mk., an die Familien der Kriegsteilnehmer 1081 Mk., Reiseunterstützung (bis Kriegsbeginn) 367 Mk., Notfallunterstützung 185 Mk., Sterbegeld 100 Mk. usw. Für Lohnbewegungen wurden 4064 Mk., für Gemahregelte 428 Mk. verausgabt. Die Agitation erforderte eine Aufwendung von 3957 Mk. Nach Beginn des Krieges wurde die öffentliche Agitation eingestellt. Bis Ende April 1915 waren 750 Verbandsmitglieder einberufen.

Der Gemeindefabrikarbeiterverband zählte am 30. April 31045 Mitglieder gegen 54522 am Schlusse des zweiten Quartals 1914. Zum Kriegsdienst waren 20 508 Mitglieder eingezogen, so daß der effektive Mitgliederabgang nur 2968 betrug. Im Berichtsmonat (April) wurden verausgabt: Für Arbeitslosenunterstützung 682 Mk., Krankenunterstützung 6082 Mk., Sterbegeld 5021 Mk., Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer 19 087 Mk.

An der Arbeitslosenstatistik des Holzarbeiterverbandes beteiligten sich im April 766 Zahlstellen mit 93 811 Mitgliedern. 73 Zahlstellen hatten nicht berichtet. Die Gesamtzahl der Arbeitslosenfälle betrug 12 672; am letzten Tage waren 5229 Arbeitslose vorhanden, das sind 5,57 Prozent gegen 6,49 im Vormonat und 3,93 Proz. im April 1914. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 29 944 Mk., für Reiseunterstützung 1263 Mk. verausgabt. Am 1. Mai waren noch 5,6 Proz. der Mitglieder arbeitslos.

Der Guttmacherverband hatte am 15. Mai 5711 Mitglieder in Arbeit, 2763 Mitglieder arbeitslos, 290 erwerbsunfähig und beim Militär 2001 Mitglieder.

Der Metallarbeiterverband zählte am 1. Mai 291 526 Mitglieder, von denen 4593 gleich 1,6 Proz. arbeitslos waren. An dem Arbeitslosenstand hatte sich gegenüber den beiden Vormonaten nichts geändert.

Die fünfte kriegsstatistische Erhebung des Sattlerverbandes am 30. April ergab einen Mitgliederbestand von 15 247 männlichen und 2399 weiblichen Mitgliedern. Seit Beginn des dritten Quartals 1914 ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 1721 und die der weiblichen um 1399 gestiegen, trotzdem daß 5250 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Das wesentliche Ergebnis

der bisherigen Erhebungen ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Tag der Erhebung	Mitgliederzahl		In Arbeit stehen		Arbeitslos		Krank		Summ Mitglieder eingezogen
	männlich	weiblich	voll	verkürzt	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
30. April 15	15247	2399	17136	213	72	107	94	24	5250
30. Jan. 15	13368	1381	14060	187	39	111	103	22	4211
2. Dezbr. 14	11776	1048	11648	517	135	170	110	17	3622
26. Septbr. 14	10602	958	8024	927	1835	524	125	25	3350
28. August 14	9961	978	5988	897	3124	658	—	—	3189

Die kriegsstatistische Erhebung des Verbandes der Schiffszimmerer vom 30. April ergab, daß von den 3588 Mitgliedern am Schlusse des zweiten Quartals bereits 1377 zum Kriegsdienst eingezogen waren. Die Zahl der letzteren ist jedoch nicht genau erfasst, weil nicht alle Einberufene sich abgemeldet haben. Der Mitgliederbestand war am Erhebungstage auf 1895 zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist auf ein Minimum zurückgegangen. Es wurden am 30. April nur 18 arbeitslose Mitglieder gezählt. 107 Mitglieder arbeiteten bei verkürzter Arbeitszeit und herabgesetztem Lohn. Während der Kriegsdauer sind in den neun Monaten vom 3. August 1914 bis zum 30. April 1915 an arbeitslose Mitglieder im ganzen 16 688 Mk. Unterstützung ausbezahlt worden. Für die Familien der Kriegsteilnehmer sind bis zum 30. April 23 150 Mark verausgabt. Für Unterstützungen aller Art betrug die Ausgabe vom 3. August 1914 bis 30. April 1915 insgesamt 41 722 Mk.

Der Vorstand des Schneiderverbandes hat gemeinsam mit den Vorständen der christlichen und Sörsch-Dumerschen Organisationen der Schneider an das Kriegsministerium eine Eingabe gerichtet, in der eine Teuerungszulage für die in den Kriegsbekleidungsämtern beschäftigten Schneider beantragt wird. Ebenso wird um einen Zuschlag auf den Stückpreis der Bekleidungsgegenstände petitioniert, die außerhalb der Bekleidungsämter durch Privatunternehmer übernommen sind. Die Eingabe wird mit der eingetretenen Teuerung der Lebensmittel begründet.

Unter der Überschrift: Politische und taktische Streitfragen beschäftigt sich der „Textilarbeiter“ mit einigen der Fragen, die durch eine Minderheit in der deutschen Arbeiterbewegung aufgeworfen worden sind. Wir geben aus dem beachtenswerten Artikel folgende Stellen wieder, die um so größere Bedeutung haben dürften, als gerade der „Textilarbeiter“ zu den Blättern gehört, die mit Vorliebe immer auf der linken Seite der Partei genannt wurden. Das Blatt setzt zunächst auseinander, daß alle gewerkschaftlichen Organisationen sich nach einer politischen Vertretung ihrer Interessen umsehen müssen.

„Wenn aber die Gewerkschaften eine Partei aufzuerkennen haben zur Interessenvertretung ihrer Mitglieder, dann haben sie auch ein Interesse daran, daß diese Partei in einer Beschaffenheit ist, welche erfolgreiches positives Wirken im Interesse der Arbeiter verspricht. Dazu gehört, daß die einzelnen Gewerkschaftsmitglieder auch Mitglieder dieser Partei werden und daß sie sich um das innere Leben dieser Partei kümmern, insbesondere auch dafür sorgen, daß nicht durch die Taktik Handlungen begangen

werden. Zur Schonung der Kartoffelvorräte soll die Herstellung von Sprit aus Holz und ähnlichen Stoffen begünstigt werden. Als Ersatz für Fleisch käme die heute in großen Mengen verfütterte Magermilch in Betracht. Schließlich wandte sich der Vortragende gegen die Forderung nach Normalpreisen auf Grund des Ergebnisses der letzten drei Jahre und eines Zuschlages von 10 Proz. Er verlangte die rechtzeitige Festsetzung der Preise nach Anhören von Sachverständigen und Vertretern aller beteiligten Kreise. — Dem Vortrage folgte allseitiger lebhafter Beifall. In der Diskussion vertrat Justizrat Eschenbach den Standpunkt des Deutschen Landwirtschaftsrats, Rechtsanwalt Dr. Oppenheimer die Kriegsgetreidegesellschaft, Wamser die Centraleinkaufsgesellschaft. Außer diesen Gästen nahmen an der Tagung noch teil Professor Dr. Carl Oppenheimer und Direktor Dr. Stuczynski-Schöneberg. Für die Konsumenten sprachen Professor Erman-Münster, von Gerlach-Berlin, Professor Ballod-Berlin, Schlack-Köln, Dr. Bornstein-Leipzig, Bauer-München, Becker-Berlin und Hoffmann-Magdeburg. Das Leitmotiv ihrer Reden war die Forderung, daß der Krieg eine Last für die Gesamtheit, keine Lust für den Einzelnen zur Bereicherung und zur Ausnutzung seiner Mitbürger sein dürfe. Schließlich fanden die folgenden Richtpunkte für die deutsche Ernährungspolitik im neuen Erntejahr mit den von Dr. Potthoff und v. Gerlach vorgeschlagenen Ergänzungen einmütige Annahme:

1. Sicherstellung auskömmlicher Menschenernährung (vor dem Vieh) zu erträglichen Preisen.
  - a) Beschlagnahme hinreichender Mengen von Brotgetreide, Hafer, Gerste, Hülsenfrüchten sowie von Kartoffeln auf Großgütern für den Jahresbedarf von 70 Millionen Menschen; öffentliche Enteignungs- und Sicherungsbefugnisse für andere elementare Massenbedarfsartikel wie Magermilch, Butter (bei Mangel sonstiger Fette), Fleischvieh, Zucker usw. auf Grund eines physiologischen Mindestbedarfsplanes.
  - b) Fortführung und gegebenenfalls Weiterbildung des gemeinwirtschaftlichen Verteilungsverfahrens nach Kopfmengen für Brot usw.
  - c) Systematische Durchbildung der Höchstpreisfestsetzung für Produzenten und Händler (prozentuale Vermittelungsvergütung) mit zeitlich gestaffelten Lagerungszuschlägen. Verkaufszwang. Vorkaufsrechte für Gemeinden, gemeinnützige Anstalten usw. Eisenbahntarifpolitik. Reichsvergütungen für Auslandsbezüge. Rückstandslose Anwendung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 138) und des Reichsstrafgesetzbuches (§ 283 und § 302e) gegen wucherische Ausbeutung der Notlage des Reiches und seiner Bürger.
  - d) Systematische Herstellung und Aufspeicherung von Dauerwaren, Dörrengemüsen, Trockenkartoffeln usw. Beschränkung der Trinkbranntwein- und Biererzeugung. Pflege der öffentlichen Bürgerspessungen. Einschränkung des „Streckens“ wichtiger Lebensmittel.
2. Öffentliche Ordnung der Viehhaltung und der Futtermittelversorgung.

3. Voraussetzungen: Errichtung einer Reichsernährungsbehörde im Zusammenwirken mit selbstständigen Behörden für decentralisiert verwaltete einheitliche Wirtschaftsbezirke in den einzelnen Reichsgegenden. Zuziehung der Konsumentenvertretungen bei allen Maßnahmen der Behörden in der Ernährungsfrage. Förderung der Ernteerzeugung und -einbringung mit geldlichen, technischen und organisatorischen Reichsmitteln. Sorgsamste Ernteschätzung. Bestandsaufnahmen für sämtliche wichtigen Nahrungs- und Futtermittel, wie für landwirtschaftliche Betriebsstoffe in ständiger Wiederholung, zum ersten Male sofort nach der Ernte mit Deklarationszwang und schärfsten Strafbestimmungen für Falschmeldungen. Einziehung der verschwiegenen Vorräte. Errichtung städtischer Lebensmittelämter in allen größeren Gemeinden.

Der Vorsitzende schloß dann den überaus glänzenden und fruchtbar verlaufenen Kongreß mit dem Wunsche, daß die zutage getretene restlose Uebereinstimmung sämtlicher Anhänger der Konsumentenbewegung über alle wichtigen Fragen auch weiterhin zum Segen der deutschen Verbraucher bestehen bleiben und die Organisation zu weiteren Erfolgen führen möge.

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Ueber den Stand der Organisation der B ä d e r im Monat März (dem achten Kriegsmonat) bringt das Verbandsorgan einige interessante Ziffern. Demnach sind seit Beginn des Krieges 18 643 Verbandsmitglieder zum Kriegsdienst eingezogen. Am Monatschluß waren im Verbandsverbande 12 989 Mitglieder noch vorhanden. Die Beitragsleistung der dabeingebliebenen Mitglieder ist seit Beginn des Krieges eine durchaus regelmäßige gewesen. Im Durchschnitt der Monate Januar—Juli 1914 entfielen pro Mitglied und Monat 3,20 Wochenbeiträge, seit Kriegsbeginn ist die niedrigste Rate 3,37 Wochenbeiträge im August und die höchste 3,77 im März laufenden Jahres. Gegenüber dem ersten Halbjahr vorigen Jahres ist also in den Kriegsmonaten eine erfreuliche Festigung in der Beitragsleistung der Mitglieder zu verzeichnen. Die Einnahmen der Hauptkasse sind natürlich zurückgegangen, da fast zwei Drittel der Mitglieder eingezogen sind. Im Monatsdurchschnitt Januar—Juli 1914 vereinnahmte die Hauptkasse 51 307 Mk., im März 1915 dagegen 28 111 Mk. Das ist immer noch ein recht günstiges Ergebnis. Die Ausgaben betragen im März 26 367 Mk. gegen 45 688 Mk. im Monatsdurchschnitt Januar—Juli 1915. Für Arbeitslosenunterstützung wurden im März 6139 Mk., Krankemunterstützung 1713 Mk., Familienunterstützung 1460 Mk., Reiseunterstützung 107 Mk. und für sonstige Unterstützungen 646 Mk. verausgabt.

Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes hat beschlossen, den Familien der Kriegsteilnehmer eine nochmalige Unterstützung im wesentlichen nach den gleichen Grundsätzen wie früher zu gewähren. Die Bezugsberechtigten erhalten je nach der Zahl der Familienmitglieder 9 bis 13 Mk.

Die Arbeitslosigkeit im Bauarbeiterverbande war am 10. Mai auf 2,18 Prozent der berichtenden Mitglieder zurückgegangen, gegen 2,72 Proz. in der Vorwoche.